

Medieninformation

Potsdam, 23. November 2015

Internationaler Aktionstag: NEIN zu Gewalt an Frauen!

Schutz von geflüchteten Frauen in Gemeinschaftsunterkünften: Wer schlägt, der geht!

Auch 2015 werden am 25. November im Land Brandenburg wieder an vielen Orten die TERRE DES FEMMES-Fahnen gehisst, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Der Frauenpolitische Rat beteiligt sich daran und gehört außerdem zu den Mitunterzeichnenden eines Offenen Briefes an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg zum Thema: Schutz von geflüchteten Frauen.*

Das konsequente Vorgehen gegen geschlechtsspezifische Gewalt an asylsuchenden Frauen steht in einer Zeit, in der bis zum Jahresende 2015 laut Innenministerium ca. 36.000 Menschen - 2014 waren davon ca. ein Drittel Frauen - im Land Brandenburg einen Asylantrag stellen werden, weit oben auf der frauenpolitischen Agenda.

Die Initiatorinnen** und Mitunterzeichnerinnen*** des Offenen Briefes fordern darin die **Erarbeitung von verbindlichen Standards für alle Flüchtlingsunterkünfte im Land Brandenburg**, die die sichere Unterbringung von geflüchteten (besonders: alleinstehenden) Frauen gewährleisten.

Die Unterzeichnerinnen mahnen in ihm die **konsequente Umsetzung des Gewaltschutz-gesetzes** in den Unterkünften nach dem Grundsatz „Wer schlägt, der geht!“ an und fordern gleichzeitig **unbürokratische Regelungen zu zeitnahen Unterkunftswechseln** der Täter bzw. der betroffenen Frauen.

Heiderose Gerber, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates sagt: „Für uns ist die Forderung Nr. 3 - die konsequente Umsetzung des Gewaltschutzes für geflüchtete Frauen in den Unterkünften - am wesentlichsten. Der Grundsatz, ‚Wer schlägt, der geht!‘ muss in Brandenburg für alle Frauen gelten. Bisher beschränken u. a. Wohnsitzauflagen die Schutzmöglichkeiten. Daher muss es Regelungen für einen schnellen Unterkunftswechsel geben.“

Aber auch **Präventions- und Interventionskonzepte bei geschlechtsspezifischer Gewalt** in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen erarbeitet und durchgesetzt werden. Dazu gehören insbesondere die Sensibilisierung des Personals von Gemeinschaftsunterkünften (Sozialarbeiter/-innen, Wachschutzmitarbeiter/-innen und Ehrenamtliche) im Hinblick auf die Erkennung von und den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt und die Information der geflüchteten Frauen über ihre Möglichkeiten und Rechte bei sexualisierter Gewalt.

Gerade in der gegenwärtigen, sehr angespannten Situation muss der Schutz von geflüchteten Frauen und ihren Kindern eine besondere Beachtung finden, die Notsituation darf nicht zu ihren Lasten gehen. Die Novellierung des Landesaufnahmegesetzes und der dazugehörigen Rechtsverordnungen bietet die Chance, geflüchtete Frauen besser zu schützen.

gefördert vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Initiativen, die in der Aktionswoche um den 25. November 2015 stattfinden, gibt es auf den Internetseiten des Frauenpolitischen Rates unter www.frauenrat-brandenburg.de

Ansprechpartnerin für die Presse:

Heiderose Gerber, Tel: 0331 90 13 13

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. ist der als gemeinnützig anerkannte Zusammenschluss von derzeit 22 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Der partei- und konfessionsübergreifend arbeitende Verband vertritt die Interessen von über 150.000 organisierten Frauen gegenüber Parteien, Gremien, der Landes- und Bundesregierung und der Verwaltung. Hervorgegangen aus dem Frauenpolitischen Runden Tisch, wurde der Landesverband 1992 gegründet. Ziel des Frauenpolitischen Rates ist die Verbesserung der Situation von Frauen im Arbeitsleben, in der Politik und in ihrem gesamten sozialen Umfeld.

Annett Lange

Geschäftsführerin des Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V.

* Den Offenen Brief im Wortlaut finden Sie hier: http://frauenpolitischer-rat.de/wp-content/uploads/2015/11/Offener_Brief_MP_Woidke.pdf

**Initiatorinnen: LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg

***Mitunterzeichnende: LAG der kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg
Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg
Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V.
LAG der Frauenzentren des Landes Brandenburg

gefördert vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie